



Beschlussvorlage

Drucksache VL-191/2018

- öffentlich -

Sachbearbeiter/in, Az

Gremium	Sitzung am	Sitzung Nr.	Beratungsaktion
Ausschuss für Jugend und Soziales	20.11.2018	13	vorberatend
Haupt- und Finanzausschuss	20.11.2018	15	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	22.11.2018	15	beschließend

Bezeichnung: **Antrag der SPD-Fraktion betr. „Kampf gegen Rechtsextremismus beginnt in den Kommunen“**

Stadtverordnetenvorsteher	FB-Leiter	Sachbearbeiter/in	FB II

SACH- UND RECHTSLAGE:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung bedauert, dass bei dem Stadtfest in Chemnitz ein junger Mann gewaltsam zu Tode gekommen ist und drückt ihr Mitgefühl aus.

Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt die pogromähnlichen Ausschreitungen in Chemnitz. Es ist Aufgabe des Staates alle Menschen vor Gewalt zu schützen. Zugleich beginnt der Kampf gegen Rechtsextremismus in den Kommunen. Wir sagen deshalb gemeinsam: In Biedenkopf ist kein Platz für rechtsextremistisches Gedankengut! Die Aufklärung von Menschen, das Abbauen von Vorurteilen und das Gestalten eines friedlichen Zusammenlebens sind gemeinsame Aufgabe von Kommune und Bürgerinnen und Bürgern.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt deshalb die Demonstration am vergangenen Freitag, bei der die Bürger ein deutliches zivilgesellschaftliches Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt haben.

Begründung:

Die gewalttätigen Übergriffe der vergangenen Tage in Chemnitz gegenüber Menschen, die nicht in ein rassistisches deutsches Weltbild passen, machen deutlich, dass sich dieses Land an einem Wendepunkt befindet. Es ist Aufgabe aller staatlichen Ebenen diesem menschenverachtenden Verhalten entgegenzutreten und das eigene Handeln kritisch zu überprüfen. Laut einer aktuellen Umfrage des ZDF-Polit-Barometers sehen 76 Prozent der Menschen in Deutschland Rechtsextreme als große oder sehr große Gefahr für die Demokratie bei uns.

Dass in Marburg hunderte Menschen gegen Rechtsextremismus auf die Straße gehen, zeigt den Zusammenhalt unserer kommunalen Gesellschaft. Es muss jetzt darum gehen gemeinsam und über Parteigrenzen hinweg zu überlegen, wie die Aufklärung von Menschen, das Abbauen von Vorurteilen und das Gestalten eines friedlichen Zusammenlebens weiter verbessert werden können.

Der Beschlussvorschlag resultiert aus der derzeitigen Situation heraus. Klarzustellen ist, dass es gegen jeglichen Extremismus geht.

Christoph Schwarz
Fraktionsvorsitzender

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN:

keine

BESCHLUSSVORSCHLAG:

Die Stadtverordnetenversammlung bedauert, dass bei dem Stadtfest in Chemnitz ein junger Mann gewaltsam zu Tode gekommen ist und drückt sein Mitgefühl aus.

Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt die pogromähnlichen Ausschreitungen in Chemnitz. Es ist Aufgabe des Staates alle Menschen vor Gewalt zu schützen. Zugleich beginnt der Kampf gegen Rechtsextremismus in den Kommunen. Wir sagen deshalb gemeinsam: In Biedenkopf ist kein Platz für rechtsextremistisches Gedankengut! Die Aufklärung von Menschen, das Abbauen von Vorurteilen und das Gestalten eines friedlichen Zusammenlebens sind gemeinsame Aufgabe von Kommune und Bürgerinnen und Bürgern.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt deshalb die Demonstration am vergangenen Freitag, bei der die Bürger ein deutliches zivilgesellschaftliches Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt haben.